

**BÜRGERSCHAFT  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

**20. Wahlperiode**

**Drucksache 20/6727**

**30.01.13**

**Antrag**

**der Abgeordneten Katharina Fegebank, Dr. Stefanie von Berg, Christa Goetsch,  
Anja Hayduk, Antje Möller (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Flagge zeigen für Tibet!**

Seit 17 Jahren werden am 10. März in ganz Europa als Zeichen der Solidarität mit Tibet tibetanische Nationalflaggen an öffentlichen Gebäuden gehisst. Die Tibet Initiative Deutschland e.V. bewegt seit 1995 eine immer größere Anzahl von Städten, Gemeinden und Landkreisen dazu, durch das Hissen ihre Solidarität mit dem besetzten Land zu bekunden.

Im vergangenen Jahr beteiligten sich mehr als 1.000 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland, darunter Bremen und Hannover, an der Aktion „Flagge zeigen für Tibet!“ – und weit über 2.000 Städte in Zentraleuropa. Am 10.03.2012 hissten 1212 Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland auf ihren Rathäusern, öffentlichen Gebäuden und ihren Internetseiten die Flagge Tibets. Hamburg hat auch dieses Jahr keinen Beitrag zu der Aktion geleistet, obwohl zivilgesellschaftliche Gruppen regelmäßig und zum wiederholten Male zu einer Beteiligung an der Aktion aufforderten.

Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion beanstandet dies und konstatiert die Dringlichkeit einer offiziellen Bekennung des Senats zu der Forderung nach einem Ende der Gewalt in Tibet. Durch das Hissen der Flagge Tibets bekräftigt Hamburg das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung und protestiert gegen die Menschenrechtsverletzungen sowie die Zerstörung der tibetischen Kultur, Religion und nationalen Identität. Die Lage in Tibet hat sich in der vergangenen Zeit dramatisch zugespitzt: Seit März 2011 haben sich 95 tibetische Mönche und Nonnen aus Protest gegen die chinesische Unterdrückung in Brand gesetzt. Mittlerweile sind die Praktiken der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China in Tibet unerträglich. Tibet steht in einigen Regionen unter Kriegsrecht. Mönche fliehen aus Angst vor Verfolgung aus den Klöstern. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion ist bestürzt über diese Entwicklungen. Die Achtung von und die Forderung nach Menschenrechten sowie die Wahrung der Religionsfreiheit sind für eine Entspannung der Lage unabdingbar.

Die Zusammenarbeit Hamburgs mit China und insbesondere mit der Partnerstadt Shanghai wird in Hamburg von allen Parteien begrüßt und getragen. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion steht zu dieser interkulturellen Zusammenarbeit und zur Weiterentwicklung der deutsch-chinesischen Freundschaft. Mit dieser besonderen Rolle

Hamburgs in der Zusammenarbeit mit China geht aber auch die Verantwortung sowie die Verpflichtung einher, auf die Situation in Tibet hinzuweisen und offenkundig Solidarität mit Tibet zu üben. Auf dem Senatsempfang am 12. Januar 2012 zur 25-jährigen Städtepartnerschaft Hamburg-Shanghai wurde im Rathaus über die Universalität der Menschenrechte nicht gesprochen. Ein Land, das die Bundeskanzlerin und der Erste Bürgermeister Hamburgs unlängst besuchten, wird trotz seines enormen Wirtschaftswachstums und seiner zunehmenden internationalen Bedeutung ohne Beachtung der Menschenrechte nicht in die Reihe der verlässlichen und souveränen Staaten aufgenommen werden können. Auch Hamburg sollte zumindest durch dieses Symbol auf die Menschenrechtsverletzungen in Tibet aufmerksam machen.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,**

- am Tibet-Aktionstag 2013 die tibetische Fahne auf dem Rathaus hissen zu lassen und sich künftig an der Aktion „Flagge zeigen für Tibet!“ zu beteiligen.
- den Bezirksämtern freizustellen, sich ebenfalls an der Aktion zu beteiligen.
- die Beflaggung öffentlicher Gebäude in Hamburg mit internationaler politischer Bedeutung zu legalisieren.